

ANFRAGE von Peter Aisslinger (FDP, Zürich)

betreffend Streichung der staatlichen Subventionen an die Zürcher Jugendmusik-
 schulen ab 1995

Der Regierungsrat hat in seinem Bericht über den Finanzplan für die Jahre 1994 bis 1999 (3335) die erwähnte Sparmassnahme angekündigt und Anfang 1994 auch gleich - als erste Sparaktion - publiziert.

Es ist selbstverständlich, dass bei der gegenwärtigen Finanzlage jede Kostestelle geprüft und gewertet werden muss. Dass dabei immer wieder auch empfindliche Bereiche von Sparbeschlüssen tangiert sein werden, ist klar. Ebenso leuchtet ein, dass Staatsbeiträge, die nicht auf gesetzlichen Grundlagen beruhen, leichter als andere gestrichen werden können. Eine Interpellation (KR-Nr. 29/1994) hat diesbezüglich bereits einige Fragen aufgeworfen. Da die Diskussion und Beurteilung des Budgets 95 und dessen Grundsätze aber bereits in den nächsten Wochen einsetzen wird, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gezieltes Sparen bedeutet Prioritäten setzen, bedeutet 'jäten' anstelle von 'gleichmässig kurz schneiden'. Ist der Regierungsrat der Meinung, beim 'Jäten' und Streichen der Musikschulsubventionen ein 'Unkraut' im Garten des Staatshaushaltes erwischt zu haben?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen des Unterrichts der Jugendmusikschulen in bezug auf die wünschenswerte, geleitete Freizeitgestaltung sowie auf die Prävention in den Bereichen des Suchtmittel Konsums, der Ausbreitung von Gewalt in Familien, an Schulen und in der Öffentlichkeit allgemein sowie des übermässigen Konsums von Videos und TV-Sendungen?
3. Natürlich sollen die beiden wertvollen Tätigkeitsbereiche 'Musik' und 'Sport' nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dennoch stellt sich die folgende Frage: Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass im Bereich der Sportunterstützung (Bereitstellung der Infrastruktur mit staatlicher Unterstützung u.a.) Gelder zu recht nach wie vor fliessen, diese aber im Musikbereich nunmehr gestoppt werden sollen?
4. Es ist offensichtlich, dass auch kleine Subventionen im Sinne eines Dominoeffekts immer wieder Initialzündungen für weitere finanzielle Leistungen auf anderen, auch privaten Ebenen darstellen. Wie beurteilt der Regierungsrat die Streichung der Subventionen unter dem Blickwinkel der Verhältnismässigkeit, dass nämlich diese staatliche 'Bagatellsubvention' Auslöserin für weitere Gelder auf Gemeinde - und privater Ebene ist, dass daneben aber im Fürsorge- und Gesundheitsbereich (Stichwort: Drogentherapien, Rückschaffungszentrum Hegibach, u.a.) ein vielfaches der Summe von 2,67 Millionen Franken für Menschen ausgegeben wird, die die präventive Wirkung des Musikschulunterrichts nicht erleben durften?
5. Wo sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, durch anderweitig gewichtetes Sparen die Musikschulsubventionen aufrechtzuerhalten oder gar - bei günstiger Beurteilung der präventiven Wirkung - aufzustocken, da sie ja im Budget der Erziehungsdirektion nur rund 0,13% ausmachen? Müsste nicht ebenso geprüft werden, inwieweit auch die Gesundheits- und die Fürsorgedirektion diese 'Präventiv-Subvention' mittragen müssten?

Für die Beantwortung der gestellten Fragen danke ich im voraus.

Peter Aisslinger